

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI/48

11. März 1971

Die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" am
Scheideweg

Notwendige Bemerkungen zu einer gefährlichen
Rückentwicklung

Seite 1 / 30 Zeilen

Dr. Heck startet eine Verleumdungskampagne

Zurechtweisung für den Demokratie-Experten
der CDU

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Seite 2 und 2a / 69 Zeilen

Kommt das Recht zum Zuge?

Zum aufgehobenen Urteilspruch von Halle, DDR

Seite 2b / 38 Zeilen

Kein Ärger mehr mit "Transall"

Ersatzteilbeschaffung von der Hardhöhe jetzt
weitgehend gesichert

Von Klaus Richter SPD-MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 3 / 41 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und
Kommunismus"

Denkschrift des Vorstandes der Sozialdemokra-
tischen Partei Deutschlands (1)

Seite 4 bis 6 / 130 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 3, Haussallee 2-10
Postfach: 9153
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 92 37 - 33
Telefax: 226 546/885 947/
356 548 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" am Scheideweg

Notwendige Bemerkungen zu einer gefährlichen Rückentwicklung

Die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" beschreitet einen für sie verderblichen Weg. Ihr Vorsitzender Dr. Walter Becher CSU-MdB ist sicher nicht so naiv, um annehmen zu können, daß sein Verband weiter in der Lage sein würde, sich als die Vertretung der Sudetendeutschen zu bezeichnen, wenn sich solche Töne und Szenen wiederholen, wie sie kürzlich in München zu beobachten waren.

Niemand verwehrt es Dr. Becher, sich gegen die Ostpolitik der Bundesregierung auszusprechen. Als CSU-Bundestagsabgeordneter hat er auch das Recht, sich eine Regierung seiner Farbe zu wünschen. Wie will er aber als Vorsitzender eines großen, überparteilichen Verbandes künftig noch mit einer Bundesregierung sprechen, von der er behauptet, sie könne kein Verhandlungspartner mit der Tschechoslowakei sein, weil sie "den Geßler-Hut der Okkupationsmacht des Kremis trägt"?

Dr. Becher und seine jetzigen Parteifreunde waren übrigens in der Beurteilung des "Münchener Abkommens" gegenüber den früheren von der CDU geführten Regierungen wesentlich zäher. So akzeptierten sie z.B. im Oktober 1964 eine gemeinsame Erklärung, in der der damalige Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard feststellte, "daß die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei erhebt". Das war doch wohl eine unmittelbare Anerkennung der Tatsache, daß das Münchener Abkommen eine politische Leiche ist.

In ihren besseren Tagen war die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" durchaus realistisch eingestellt. In einer Erklärung, die sie am 7. Mai 1961 angenommen hat, hieß es z.B.: "Hitler hat mit dem Schicksal der Sudetendeutschen ein gewissenloses Spiel getrieben und die Entwicklung zum Münchener Abkommen erzwungen". Ihre Vorstellungen vom Selbstbestimmungsrecht versuchte sie zu konkretisieren. Heute ist eine erschreckende Rückentwicklung eingetreten.

(spk/re/11.3.1971/ks)

Dr. Heck startet eine Verleumdungskampagne

Zurechtweisung für den Demokratie-Experten der CDU

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ausgerechnet der Generalsekretär der CDU, Dr. Bruno Heck, nimmt jetzt ein Presseinterview zum Anlaß, um sich mit dem Demokratieverständnis der Sozialdemokraten auseinanderzusetzen.

Der Mann hat unbestritten Mut: Es war schließlich Dr. Heck gewesen, der im Bundestagswahlkampf 1969 für die CDU Demokratie als bloße Form der politischen Herrschaft bezeichnete und sie innerhalb der Gesellschaft abgelehnt und sich damit scharf von der SPD abgegrenzt hatte, die sich dem Auftrag des Grundgesetzes, Staat und Gesellschaft demokratisch zu gestalten, verpflichtet fühlt. Dr. Heck hatte damit für eine klare Alternative in der Wahlauseinandersetzung gesorgt und seiner Partei allein damit einen nicht unbeträchtlichen Stimmenverlust verschafft.

Es war auch derselbe Dr. Heck gewesen, der es erst vor wenigen Wochen auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag nicht mehr vermocht hat, seine reaktionäre Demokratie-Definition im neuen Programm der CDU unterzubringen. Ihm zum Trotz heißt es dort jetzt klar und deutlich: "Die Grundwerte der Demokratie gelten nicht nur für den staatlichen Bereich."

Der solcherart genügend als Demokratie-Experte gekennzeichnete Dr. Heck macht sich nun an den Versuch, den Sozialdemokraten ein "doppeltes Verständnis von Demokratie" - was nun immer das auch sein mag - zu unterstellen. Die Sozialdemokraten betrachten laut Dr. Heck Demokratie einerseits als "bürgerliche Regierungsform" und steuern andererseits in ihrer offiziellen Politik auf einen zweiten "sozialistischen Demokratiebegriff" zu.

Beide Aussagen des christdemokratischen Demokratie-Experten sind falsch: Die SPD hat Demokratie - eben im Gegensatz zu Erzkonservativen wie Dr. Heck - nie als bürgerliche Regierungsform betrachtet, sondern will sie auch in anderen Bereichen der Gesell-

schaft stärken und verwirklichen. So heißt es im Grundsatzprogramm der SPD von 1959, das Bruno Heck angeblich gelesen hat: "Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist." Von einem anderen Demokratiebegriff ist weder im Godesberger Programm noch andernorts die Rede. Ebenso bekannt wie richtig ist auch, daß die SPD sich für den "demokratischen Sozialismus" engagiert, laut Grundsatzprogramm die "dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren". Wollte der CDU-Generalsekretär das beanstanden?

In Wirklichkeit versucht Dr. Heck in seinem mit Anspielungen angefüllten Interview den Sozialdemokraten einen anderen, den Sozialismusbegriff der Kommunisten, zu unterschieben, indem er beispielsweise versucht, den Eigentumsbegriff der SPD und angebliche Versuche der Sozialdemokraten, die gesellschaftlichen Formen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges einander anzunähern, miteinander in Beziehung zu setzen. Auch hier zwei Verdächtigungen, die selbst durch ihre Kopplung keinen Halt gewinnen. Der Eigentumsbegriff der SPD - im Godesberger Programm nachzulesen - entspricht den Forderungen des Grundgesetzes, das das private Eigentum schützt, aber auch dessen Sozialpflichtigkeit feststellt. Und gegenüber der kommunistischen Gesellschaftsordnung hat sich keine Partei so klar und dezidiert abgegrenzt wie die SPD, deren Parteirat erst vor vierzehn Tagen auf die völlige Unvereinbarkeit sozialdemokratischer und kommunistischer Zielsetzungen hingewiesen hat.

Da niemand annehmen mag, daß der Generalsekretär einer großen parlamentarischen Partei diese unbestreitbaren Fakten hat übersehen können, bleibt nur der Schluß, daß Dr. Heck mit vollen Segeln in eine Verdächtigungskampagne steuert, die bislang von rechtsradikalen Gruppen geführt worden ist. Wer bisher der Hoffnung war, die CDU sei sich zu schade, in derart trüben Gewässern zu navigieren, ist nun durch Dr. Heck eines Schlimmeren belehrt worden.

(-/ex/11.3.1971/bgy)

+ + +

Kommt das Recht zum Zuge?

Zum aufgehobenen Urteilspruch von Halle/DDR

Das Oberste Gericht der DDR hat gut daran getan, den empörenden Urteilspruch des Bezirksgerichts von Halle gegen Friedrich Seeberger, einem Fabrikanten aus Nordrhein-Westfalen, und gegen Helmut Arff, Inhaber eines Berliner Ingenieur-Büros aufzuheben und an das gleiche Gericht zur Neuüberprüfung zurückzuweisen. Seeberger war zu lebenslänglicher, Arff zu 13jähriger Haft verurteilt worden, weil sie angeblich über einen längeren Zeitraum hinweg vorsätzlich Maßnahmen zur Störung der Volkswirtschaft der DDR organisiert und damit schwere Gefahren für Leib und Leben der in den Empfängerfirmen beschäftigten Arbeiter heraufbeschworen hätten. Die Angeklagten unterstanden nach fast zweijähriger Haft einem Geheimprozeß, an sich schon ein ungewöhnliches Verfahren, denn allenfalls wäre, träfen die Beschuldigungen zu, ein ordentliches Zivilgericht zuständig gewesen. Merkwürdig ist auch, daß die Firma Seeberger seit Jahren Maschinen mit ständig gleicher Grundkonstruktion geliefert hat, ohne daß von DDR-Seite jemals Beanstandungen erfolgt waren.

Was hat wohl das Bezirksgericht von Halle im Geheimverfahren bewogen, ein Strafmaß von so ungewöhnlicher Härte zu verhängen? Man ist darüber nur auf Mutmaßungen angewiesen. Wollte man durch Herausstellung von angeblich Schuldigen aus dem Westen schwere Fehler und Mängel der DDR-Exportwirtschaft verdecken? Denn der Zusammenhang von innerdeutschem Handel und der Fähigkeit der DDR, zu exportieren, läßt sich nicht leugnen. Oder wollte man damit den Handel zwischen beiden Teilen Deutschlands treffen, der mit seinem ständig wachsenden Volumen manchen doktrinären SED-Funktionären vielleicht zu groß erscheint?

Sei dem wie dem sei: Das Oberste Gericht der DDR, betroffen über die Höhe des Urteils, in Erkenntnis seiner Folgen und wohl auch unter dem Eindruck der überaus zahlreichen Proteste gegen dieses Urteil, hat dem Berufungsbegehren der Verteidiger stattgegeben, wobei nur zu hoffen ist, daß in einem schnellen und fairen Verfahren nun wirklich Recht gesprochen wird. War mit dem Urteil von Halle eine Schockwirkung mit nachteiligen Folgen für den innerdeutschen Handel beabsichtigt, so ist wohl durch die rasche Intervention des Obersten Gerichts der DDR dem ein Riegel vorgeschoben worden. Dabei haben zweifellos auch übergeordnete Gesichtspunkte den Ausschlag gegeben. (ex/ex/11.3.1971/ks)

+ + +

Kein Ärger mehr mit "Transall"

Ersatzteilbeschaffung von der Hardhöhe jetzt weitgehend gesichert

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Mängel in der Ersatzteilbeschaffung für die C-160 "Transall" sind weitgehend überwunden. Dies hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Karl-Wilhelm Berkhan SPD-MdB, nach einer Anfrage im Verteidigungsausschuß mitgeteilt. Bei seiner Amtübernahme auf der Hardhöhe hatte Helmut Schmidt auch dieses Problem "geerbt".

Mit der Beschaffung der Flugzeuge C-160 war vor einigen Jahren zur gleichen Zeit die Beschaffung der Ersatzteilgrundausrüstung eingeleitet worden. Der Ersatzteilbedarf wurde auf der Basis von Firmenvorschlägen durch das Materialamt der Luftwaffe ermittelt. Um den bei allen Neukonstruktionen gegebenen Unsicherheitsfaktoren bei der Bedarfsermittlung Rechnung zu tragen, wurde die Ersatzteilgrundausrüstung für den Truppenbedarf in fünf Lieferlose aufgeteilt. Dadurch war es möglich, bereits erkannte Lücken schon bei den später anzuliefernden Losen auszugleichen.

Der Bundesminister der Verteidigung hat einen Schnellbeschaffungsweg eingerichtet, der den Rückgriff auf die Serienfertigung und beschleunigte Einzelanfertigung zuließ. Die ausgelieferten 4. und 5. Lose haben sich hinsichtlich Sortierung, Menge und Lieferzeitpunkt im Grundsatz als richtig erwiesen. Die jetzt dennoch auftretenden Engpässe hatten in der Vergangenheit, bedingt durch kleiner Planungsfehler, folgende Ursachen: a/ Überraschender Ausfall von Teilen, die bisher nicht als bevorratungsbedürftig zu erkennen waren; b/ unerwartet hohe Ausfälle einiger Teile, die die zunächst angesetzten Bevorratungszahlen überstiegen; beide Ursachen sind auf die fehlende Erfahrung mit einem neuentwickelten Flugzeugmuster zurückzuführen. Dieser Umstand wird sich nie ausschließen lassen; und c/ verzögerter Rücklauf instandgesetzter Kreislaufgeräte aus der Industrieinstandsetzung; diese Verzögerungen beruhen auf der Tatsache, daß ein Teil der Kreislaufgeräte die in sie gesetzten Betriebszeiterwartungen nicht erfüllten, und darüber hinaus zwischenzeitlich notwendig gewordene technische Änderungen durchgeführt werden mußten. Hiervon wird noch in diesem Jahr die Versorgung mit Kreislauftriebwerken betroffen.

Staatssekretär Berkhan bestätigte, daß die Hauptabteilung Rüstung des Bundesverteidigungsministeriums und das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung die notwendigen Abhilfemaßnahmen im Verlaufe des Jahres 1970 eingeleitet hatte. Schwierigkeiten, die sich 1971 noch durch Lieferfristen der Industrie ergeben, werden im nächsten Jahr durch eine spürbare Besserung weitgehend abgebaut sein.

(-/fh/11.3.1971/bgv)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus"

Denkschrift des Vorstandes der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vorwort: Die Überwindung des Kalten Krieges, die erfolgreiche Entspannungspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung und der Beginn der Normalisierung unserer Beziehungen zu den Staaten und Völkern Osteuropas und zu der DDR hat die Diskussion über die Prinzipien der Sozialdemokratie und des Kommunismus erneut in Bewegung gesetzt. Die Kommunisten haben auf ihre Art die Diskussion aufgegriffen. Sie propagieren die alte These von der "Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die rechten sozialdemokratischen Führer". Dies findet z.B. seinen Niederschlag in einem Beitrag der Februar-Ausgabe von "Kommunist", dem Zentralorgan der KPdSU. Vor allem die SED organisiert aus Anlaß des 25. Jahrestages ihres Bestehens eine Kampagne gegen den sogenannten Sozialdemokratismus.

Der Parteirat der SPD hat bereits am 14. November 1970 die grundsätzlichen Positionen der SPD in dieser aktuellen Auseinandersetzung umrissen. Mit dieser Erklärung will sich die SPD nicht in die Diskussion in anderen Parteien einmischen, wie sie auch umgekehrt eine Einmischung politisch anders orientierter Parteien in ihre interne Entwicklung ablehnt. Nach einer dreimonatigen Diskussion in der Partei ist die Entschließung zum Verhältnis von "Sozialdemokratie und Kommunismus" am 26. Februar 1971 endgültig in folgender Fassung verabschiedet worden:

Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit

Die erste sozialdemokratisch geführte Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mit dem Moskauer und Warschauer Vertrag erste große Schritte zur Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion und Polen getan. Weitere Schritte des Ausgleichs mit den kommunistischen Regierungen Osteuropas werden folgen. Das besondere Bemühen der Bundesregierung gilt der Entkrampfung der Beziehungen zu dem von Kommunisten regierten Staat im anderen Teil Deutschlands, der Verhinderung weiteren Auseinanderlebens und der Erhaltung der Verbindung zwischen den Deutschen in beiden Teilen. So entspricht es den Parteitagebeschlüssen der SPD.

Diese Schritte zur Überwindung der feindseligen Konfrontation mit den Mächten des Warschauer Paktes fügen sich in die allgemeinen Entspannungsbemühungen unserer westlichen Verbündeten ein. Sie sollen zum Abbau der Gefahren beitragen, die den Frieden in Europa und der Welt bedrohen. Sie sollen den Weg ebnen zur Verringerung der Rüstungslasten, unter denen die Völker im Westen wie im Osten leiden, und zum Abbau der trennenden Schranken zwischen den Menschen.

Diese Friedenspolitik ist eine notwendige, aber schwierige

Aufgabe; schwierig vor allem deshalb, weil es sich um die Verbesserung der Beziehungen zwischen Staaten und Völkern handelt, in denen grundverschiedene politische Ordnungen bestehen:

Freiheitliche Demokratie auf der einen, kommunistische Parteidiktatur auf der anderen Seite. Keine Friedenspolitik, keine außenpolitische Annäherung kann diesen Gegensatz der Systeme beseitigen, keine darf ihn übersehen: Der Friede, den wir erstreben, soll nicht nur allein das Leben schützen, er muß unserem Volk das Recht sichern, die Formen seines politischen und gesellschaftlichen Lebens auch weiterhin in Freiheit selbst zu bestimmen.

Die Sozialdemokratie beharrt darauf, daß ein gleichgewichtiger und gleichzeitiger Abbau der militärischen Kräfte auf beiden des Warschauer Paktes wie auf beiden des Nordatlantik-Paktes als einer der nächsten großen Schritte zur Sicherung des Friedens in Europa folgen muß. Sie ist gegen einseitige Vermehrung des vorhandenen Verteidigungspotentials des Nordatlantik-Paktes ebenso energisch wie umgekehrt gegen einseitigen Abbau. Unsere Sicherheit beruht auf dem Gleichgewicht; Verträge mit unseren östlichen Nachbarn werden unsere Sicherheit erhöhen, nicht aber das Gleichgewicht überflüssig machen. Hierin wissen wir uns mit den sozialdemokratischen Parteien Europas einig.

Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit gehören für die deutsche Sozialdemokratie untrennbar zusammen. Darum wird sie bei ihrem Bemühen um außenpolitische Verständigung mit den kommunistisch regierten Staaten niemals eine Verwischung der grundsätzlichen Gegensätze zulassen, die sozialdemokratische und kommunistische Zielvorstellungen und Durchsetzungsmethoden voneinander trennen.

Die Sozialdemokraten haben 1969 in einer Entschliebung ihres internationalen Kongresses in Eastbourne ihre prinzipielle Haltung gegenüber dem Kommunismus bestätigt, die in der Deklaration der Sozialistischen Internationale von 1952 über die "Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus" und in der Deklaration von 1962 ausgedrückt wurde.

Die Entwicklung innerhalb der kommunistischen Parteien hat zwar zu neuen Konflikten unter den kommunistischen Parteien einzelner Länder geführt, aber ungeachtet aller unterschiedlichen Entwicklungen ist ein Faktor unverändert geblieben: die Intoleranz der kommunistischen Parteien gegenüber jenen, die nicht einer Meinung mit ihnen sind, und der Anspruch darauf, daß ihre eigene totalitäre Ideologie die einzig gültige Sozialphilosophie sei.

Wir leben in einer Welt, die wir mit den Kommunisten teilen müssen. Weil wir in Freiheit leben wollen, werden wir verhindern,

daß uns die kommunistische Ideologie aufgezwungen wird.

Grundsätze und Ziele sozialdemokratischer Politik

"Die Sozialdemokratie, am Beginn des Industriezeitalters aus dem Kampf der jungen Arbeiterklasse um elementare demokratische und soziale Rechte entstanden, ist längst zu einer Bewegung für die stetige Erweiterung der Freiheitsrechte und Entfaltungsmöglichkeiten aller arbeitenden Menschen in einer demokratischen Ordnung geworden. Im Godesberger Grundsatzprogramm heißt es: 'Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.'

Die Ziele der Sozialdemokratie umfassen in allen Ländern die Durchsetzung, Sicherung und Fortentwicklung der rechtsstaatlichen Demokratie, der Freiheit für Partei-, Organisations- und Meinungsbildung und der Verantwortlichkeit einer ablösbaren Regierung vor den Wählern; Beseitigung aller Ausbeutungsverhältnisse, Durchsetzung der Demokratie auch in der Wirtschaft; die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, insbesondere der sozialen Sicherheit und Chancengleichheit, mit allen Mitteln demokratischer Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Bildungspolitik; die friedliche internationale Zusammenarbeit aller Völker auf der Grundlage der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung."

Das Bekenntnis zur rechtsstaatlichen Demokratie, zur politischen und geistigen Freiheit ist für die Sozialdemokratie unabdingbar.

"Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft", heißt es im Godesberger Programm der SPD. Sozialismus - im Sinne einer Kontrolle der Gesellschaft über die wirtschaftlichen Machtmittel mit Hilfe des Staates - ist nur möglich, wo die Staatsmacht selbst von der Gesellschaft demokratisch kontrolliert wird. Das erfordert über die parlamentarische Kontrolle der Regierung hinaus die Entwicklung neuer Formen der aktiven Einflußnahme der Staatsbürger auf die politischen Entscheidungen durch die Mitarbeit in Parteien, Verbänden und Initiativgruppen, der demokratischen Kontrolle einer dezentralisierten Verwaltung und der Mitbestimmung aller Arbeitenden in der Wirtschaft.

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit unter sich ständig verändernden technischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Wirtschaftsräumen, die sich ständig erweitern und engere Verflechtungen eingehen, ist eine immer neue, niemals beendete Aufgabe.

(Fortsetzung folgt am 12. März 1971)